

TOP 3.4.3 Flüchtlingsbewegung und bildungspolitische Maßnahmen

Bei der Regierungsklausur im September wurden wichtige Schritte für die Integration von Flüchtlingen vereinbart. Im Vordergrund steht der Grundsatz »Hilfe zur Selbsthilfe«. Sprache, Bildung, Wirtschaft und Arbeit, geeignete Wohnverhältnisse, Gesundheit sowie das respektvolle Zusammenleben sind die Grundvoraussetzungen einer erfolgreichen Integration. Die Bundesregierung bekennt sich zu einem möglichst frühen Handeln. Je frühzeitiger gezielte Maßnahmen erfolgen, desto geringer sind die monetären und sozialen Folgekosten gescheiterter Integration.

Dazu werden 75 Mio. Euro für Integrationsmaßnahmen bereitgestellt. Im Bundesministerium für Finanzen wird ein „Topf für Integration“ eingerichtet, aus dem Projekte aller Ressorts finanziert werden können. Zur Freigabe der konkreten Projekte ist ein Einvernehmen zwischen dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler und dem Finanzminister herzustellen.

Die **wichtigsten Maßnahmen im Bereich Schule** sind Sprachstartkurse in den Schulen und die Bereitstellung von mobilen Einsatzteams, um Schulstandorte bei der Integration von Flüchtlingskindern zu unterstützen.

Sprachstartkurse in Schulen

Schulpflichtige SchülerInnen, deren Kenntnisse in der Unterrichtssprache Deutsch nicht ausreichen, um dem Unterricht folgen zu können, sollen neben dem Unterricht in der Stammklasse in Fächern, in denen die Unterrichtssprache Deutsch nicht so zentral ist wie z.B. Sport, kreative Fächer, aber auch z.B. im Englischunterricht, in eigenen „Sprachstartkursen“ gefördert werden (analog zum Beispiel »Berlin«).

Mobile Einsatzteams aus interkulturellen PädagogInnen, SchulpsychologInnen, SchulsozialarbeiterInnen im Schulbereich

Mehrsprachige mobile Einsatzteams unterstützen Schulstandorte bei der Integration von Flüchtlingskindern und Jugendlichen, sie sind Drehscheibe zu außerschulischen Einrichtungen der Jugendwohlfahrt, der Sozialarbeit, der Kinder- und Jugendpsychiatrie und den Hilfsorganisationen. Sie unterstützen die Arbeit mit den Eltern: Information über Schule in Österreich, Mitwirkung der Eltern, Kommunikation bei Elternabenden und Sprechtagen.

Weitere Maßnahmen im Bereich Aus-, Weiterbildung und Erwachsenenbildung sind: Ausbau der Deutschkursplätze, Deutschkurse für Personen in Grundversorgung, der Ausbau des Jugendcoachings, die Lehre für AsylwerberInnen sowie niederschwellige Lehrangebote. Im Bereich der Erwachsenenbildung wurden Maßnahmen zur Nachqualifizierung, FacharbeiterInnenintensivausbildung und zum Nachholen von Bildungsabschlüssen beschlossen.

Die AK begrüßt die beschlossenen Maßnahmen. Aus der Praxis und aus Kontakten mit Schulen erfährt die AK aber, dass in vielen Schulen noch keine Sprachkurse aufgrund mangelnder Ressourcen starten konnten. Schulen und vor allem auch Kindergärten benötigen daher eine raschere und flexiblere Unterstützung. Ganz besonders wichtig wären aus unserer Sicht Sofortmaßnahmen für nicht mehr schulpflichtige Jugendliche einzuleiten.